

schäfte sind hier so sehr ins Stocken geraten, daß es nicht einmal möglich ist, von dem preußischen Kabinet Erklärungen über solche Angelegenheiten zu erlangen, welche dasselbe so ausschließlich berühren, wie zum Beispiel die in Polen angelegten Bankkapitalien. Wie sollte man es dazu bringen, gar den Zusatzvertrag aufzuheben, welcher dem Lande so großen Vorteil bringt?" Man werde die preußische Regierung nur durch Drohungen von der Notwendigkeit, die Bitte Rußlands zu gewähren, überzeugen können. Infolgedessen schlägt Alopëus vor, mit der Erklärung zu drohen, man werde die russische Post, von welcher Preußen großen Vorteil hatte, über Krakau und Oesterreich leiten. Diese Maßregel werde vielleicht zum Ziele führen.

Endlich gelang es Alopëus, Anfang Februar 1822 eine Unterhandlung mit Fürst Hardenberg über den Zusatzvertrag von 1818 zu bewirken. Der Gesandte setzte alle die Nachteile, welche Rußland durch diesen Vertrag erlitt, auseinander und erklärte entschieden, die russische Regierung sei nicht in der Lage, die weitere Anwendung desselben zuzugeben, wenn in den wesentlichsten Bestimmungen desselben nicht grundlegende Änderungen getroffen würden.

Indessen gab sich Alopëus über das Ergebnis dieser langen Unterredung mit dem preußischen Ministerpräsidenten keinen vergeblichen Hoffnungen hin. Hardenberg hatte zwar unseren Gesandten gebeten, ihm alle seine Bedenken gegen den Vertrag von 1818 schriftlich auszusprechen, aber er hatte ihm nichts Bestimmtes über die Schritte zugesagt, welche er in dieser wichtigen Angelegenheit ergreifen wollte. Überhaupt hatte der preußische Kanzler keine eigene Ansicht ausgesprochen, und Alopëus wußte nicht einmal, mit welchen Augen die preußische Regierung den ihr gemachten Vorschlag betrachtete und unter welchen Bedingungen sie ihn annehmen würde. Nach dieser Schilderung seiner Zweifel fährt Alopëus fort: „Der verehrungswürdige Mann nimmt seit einiger Zeit auffallend ab.“ Trotzdem habe er jederzeit Zugang bei der Person des Königs und genieße einen unbestrittenen Einfluß. „Man fragt sich, wie es werden wird, wenn Fürst Hardenberg einmal nicht mehr sein wird. Keiner der gegenwärtigen im Amte befindlichen Minister scheint sich eines besonderen Vertrauens vonseiten des Königs zu erfreuen, und die Art und Weise, in der die Geschäfte jetzt behandelt werden, erregt Entmutigung und Mißstimmung bei Vorgesetzten und Untergebenen.“¹⁾

Unter diesen Umständen fand Kaiser Alexander sich genötigt, zu dem letzten Mittel seine Zuflucht zu nehmen und selbst einen Brief an den König von Preußen zu schreiben. In diesem Briefe, vom 15. Februar 1822, heißt es:

„Es ist mir zur Gewohnheit geworden, in allen Angelegenheiten, welche auf das Wohl unserer Staaten und auf die Beständigkeit der zwischen unseren Regierungen bestehenden Beziehungen einwirken können, mich Ew. Majestät zu offenbaren. Eine solche bedeutsame Angelegenheit liegt jetzt vor. Ich kann nur mit großem Kummer zu Eurer Majestät davon sprechen, aber ich gebe Ihnen ein neues Zeugnis meines völligen Vertrauens, und ich wiege mich in der Sicher-

¹⁾ Depesche des Grafen Alopëus vom 12. (24.) Februar 1822.